



MPIfG Discussion Paper 13/5

**Die Verschiedenheit der europäischen Lohnregime
und ihr Beitrag zur Eurokrise**

Warum der Euro nicht zum heterogenen Unterbau
der Eurozone passt

Martin Höpner



Martin Höpner

Die Verschiedenheit der europäischen Lohnregime und ihr Beitrag zur Eurokrise: Warum der Euro nicht zum heterogenen Unterbau der Eurozone passt

MPIfG Discussion Paper 13/5

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln

Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne

June 2013

MPIfG Discussion Paper

ISSN 0944-2073 (Print)

ISSN 1864-4325 (Internet)

© 2013 by the author

Martin Höpner is a research fellow at the Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne.

hoepner@mpifg.de

Downloads

www.mpifg.de

Go to *Publications / Discussion Papers*

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung

Max Planck Institute for the Study of Societies

Paulstr. 3 | 50676 Cologne | Germany

Tel. +49 221 2767-0

Fax +49 221 2767-555

www.mpifg.de

info@mpifg.de

Abstract

Euro member states possess very different wage bargaining regimes. This heterogeneity has shaped the diverging wage and price increases among European member states and has therefore contributed to the real exchange-rate distortions from which the eurozone has suffered since the introduction of the common currency. This paper analyses nominal wage increases in twelve euro countries during the first ten euro years, 1999-2008, to demonstrate the above. Neither the European-wide export of German-style wage bargaining nor European-level wage coordination can be expected to solve the problem of heterogeneous wage pressures. It is therefore unlikely that the euro will function any better in the future than it has in the past.

Zusammenfassung

Die Teilnehmerländer der europäischen Währungsunion verfügen über höchst unterschiedliche Regime der Lohnfindung. Diese Unterschiedlichkeit leistete einen eigenständigen Beitrag zur Auseinanderentwicklung der mitgliedstaatlichen Lohn- und Preisniveaus und damit zu den realen Wechselkursverzerrungen, unter denen der Euroraum seit Einführung der gemeinsamen Währung leidet. Um dies zu zeigen, werden die nominalen Lohnauftriebe von zwölf Euroländern während der ersten zehn Euro-Jahre von 1999 bis 2008 analysiert. Weder ein etwaiger Export des deutschen Lohnregimes noch eine europäische Lohnkoordination sind gangbare Wege der Problembearbeitung. Es spricht daher wenig dafür, dass der Euro in der Zukunft besser funktionieren könnte als in der Vergangenheit.

Inhalt

1	Einleitung: Verzerrte Wechselkurse im Euroraum	1
2	Arbeitsbeziehungen und Lohnauftriebe	3
3	Empirie	8
4	Diskussion	16
	Anhang	21
	Literatur	22

Die Verschiedenheit der europäischen Lohnregime und ihr Beitrag zur Eurokrise: Warum der Euro nicht zum heterogenen Unterbau der Eurozone passt

Das eigentliche Problem [einer etwaigen europäischen Währungsunion] aber ergibt sich aus der Tatsache, dass die europäischen Länder nicht einem einheitlichen Kostendruck ausgesetzt sind. Die nationalen Systeme der industriellen Beziehungen unterscheiden sich ... grundlegend in ihrer Fähigkeit, auf gegebene makroökonomische Rahmenbedingungen ökonomisch-rational zu reagieren. ... Das Ergebnis waren bisher unterschiedliche Steigerungsraten der Lohnstückkosten und periodische Wechselkursänderungen zum Ausgleich der sich unterschiedlich entwickelnden Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Länder. Wenn sich – unter sonst gleichen Umständen – die Wechselkurse zwischen den europäischen Ländern seit 1970 oder auch nur seit 1982 nicht hätten ändern können, hätten die Bundesrepublik und die Niederlande die übrigen Länder vom Markt gefegt. (Scharpf 1987: 326–327)

1 Einleitung: Verzernte Wechselkurse im Euroraum

Dieses Papier strebt keine Gesamtschau auf die Funktionen und Dysfunktionen der europäischen Währungsunion an. Vielmehr soll auf einen ausgewählten Mechanismus aufmerksam gemacht werden: auf die Heterogenität der Lohnregime des Euroraums und ihren Beitrag zu den Krisenerscheinungen der vergangenen Jahre. Diese Heterogenität, so das nachfolgend im Einzelnen zu entfaltende Argument, stellt die Fähigkeit des Euroraums, als gemeinsamer Währungsraum zu funktionieren, grundsätzlich infrage. Um die Bedeutung des aufzuzeigenden Mechanismus zu würdigen, erscheint es zunächst sinnvoll, zwei Erzählungen über die Eurokrise zu unterscheiden.

Die erste Deutung interpretiert die Eurokrise zuvörderst als Verschuldungskrise einiger Staaten, und sie dominiert den Diskurs in der deutschen Öffentlichkeit (ein Beispiel unter etlichen: Wirtschaftsrat Deutschland 2011). Dieser Sicht zufolge haben unangemessene Verschuldungskulturen ein im Prinzip funktionsfähiges Währungsregime an den Rand des Abgrunds manövriert. Nur zum Schein waren demnach einige Problemländer während der ersten und zweiten Stufe der Währungsunion auf haushaltspolitische Konsolidierungskurse eingeschwenkt. Doch nachdem der Euro als Buchgeld und schließlich auch als Bargeld eingeführt wurde, ließ die fiskalische Disziplin nach, namentlich in der Erwartung, im Falle drohender Zahlungsunfähigkeit ohnehin von den

Für wertvolle Hinweise danke ich Mark Lutter, Florian Rödl, Armin Schäfer, Wolf Schäfer, Fritz W. Scharpf, Wolfgang Streeck, Marcus Tscherner und Annika Wederhake. Für seine professionelle Mitwirkung bei der Zusammenstellung des Datensatzes danke ich Marcus Tscherner.

anderen Ländern aufgefangen zu werden. Im Ergebnis stehen sich nunmehr zwei Ländergruppen gegenüber, eine bestehend aus Ländern mit solider Haushaltsdisziplin, die andere bestehend aus Ländern, die notorisch über ihre Verhältnisse leben („Sünder“). Die Regierungen desolater Länder, nicht aber der Euro selbst, werden im Ergebnis als Verursacher der Krise identifiziert.

Die zweite Deutung bestreitet die Existenz der Verschuldungskrise nicht, ist aber dahingehend komplexer, dass sie der Verschuldungskrise eine Wettbewerbskrise an die Seite stellt, die Verschuldungskrise zumindest zum Teil durch die Wettbewerbskrise ausgelöst sieht und die Ursachen der Krisen zudem in einer eigentümlichen Dysfunktion des Euros selbst erkennt (siehe insbesondere Scharpf 2011, 2012): Anders als von den Architekten und Befürwortern der Währungsunion erhofft, leistet der Euro keinen Beitrag zur ökonomischen Konvergenz seiner Teilnehmer. Der Euro *setzt diese Konvergenz vielmehr voraus* und entwickelt Fliehkräfte, wenn diese Voraussetzung verletzt wird. Diese Fliehkräfte entfalteteten sich – der komplexeren Deutung zufolge – durch die Verstärkung von *ex ante* unterschiedlichen Wachstumsraten und Preisauftrieben. Die *One-Size-fits-all*-Geldpolitik der EZB wirkte dämpfend auf die Konjunkturen der Länder mit ohnehin bereits schwachen Preisauftrieben, bewirkte in den Ländern mit stärkeren Preisauftrieben aber sehr niedrige Realzinsen und beschleunigte daher deren fremdfinanzierte Binnenkonjunkturen, was seinerseits treibend auf Löhne und Preise wirkte. Die Folge war, dass sich die Preisniveaus und also die preislichen Wettbewerbspositionen der beteiligten Länder immer weiter voneinander entfernten und schließlich die Wettbewerbskrisen der Südländer und Irlands einsetzten (vgl. zur *Rotating-Slumps*-These auch den Schlussteil dieses Textes). Wo sich diese Konstellation manifestierte – und nicht, wie die erste Erzählung nahelegen würde, wo die kumulierte Staatsschuld einen wie auch immer definierten Schwellenwert überschritt –, belegten die Kapitalmarktteilnehmer die Staatsanleihen der betroffenen Länder mit Zinsaufschlägen, die die Refinanzierung der öffentlichen Haushalte infrage stellten.

Dieses Papier versteht sich als Beitrag zur Vervollständigung der zweiten, komplexeren Deutung. Der Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass der Euroraum infolge divergierender Lohn- und Preisauftriebe unter intern verzerrten Wechselkursen leidet (Collignon 2013: 78–83; Deutsche Bundesbank 2008: 39–42, 2010: 23–27; Schäfer 2012; Stein et al. 2012). Die nachfolgende Argumentation befasst sich mit den Ursachen dieser Verzerrung. Die komplexere Deutung der Eurokrise interpretierte die divergenten Lohn- und Preisauftriebe als Folgewirkung der geldpolitisch bewirkten dysfunktionalen Konjunkturimpulse. Dieser Mechanismus war zweifellos ein erheblicher Teil des Problems, aber er war (und bleibt) nicht der einzige. Denn die *Unterschiedlichkeit der mitgliedstaatlichen Regime der Lohnfindung*, so soll hier gezeigt werden, leistete einen *eigenständigen Beitrag zur Auseinanderentwicklung der Lohn- und Preisniveaus* und damit zur Verzerrung der realen Wechselkurse im Euroraum.

Dieses Argument wird nachfolgend theoretisch und empirisch unterfüttert, indem zunächst an die Einsichten der politökonomischen Literatur über die Wirkungen unter-

schiedlicher Lohnregime erinnert wird. Im Anschluss daran soll gezeigt werden, dass die Heterogenität dieser Regime im ersten Jahrzehnt des Euros auch dann mit erkennbar unterschiedlichen Lohnauftrieben einherging, wenn man bei der Betrachtung für den Stand der Konjunkturen der beteiligten Länder kontrolliert. Hierauf folgt eine ausführliche Diskussion der Implikationen des Arguments. Dabei wird die Ansicht vertreten, dass sich die Heterogenität der Arbeitsbeziehungen im Euroraum nicht kurz- bis mittelfristig einbrennen lässt und namentlich auch ein etwaiger Export der deutschen Modalitäten der Lohnfindung oder eine europäisch koordinierte Tarifpolitik keine gangbaren Wege sind. Unter dieser Bedingung persistenter Heterogenität muss der Euro die Teilnehmerländer spalten, statt sie zusammenzuführen. Zudem tragen die Maßnahmen zur Eurorettung ihrerseits zur Spaltung der Teilnehmerländer bei. Wenig spricht daher dafür, dass der Euro in Zukunft besser funktionieren könnte als in der Vergangenheit.

2 Arbeitsbeziehungen und Lohnauftriebe

Die Stärke der Vergleichenden Politischen Ökonomie liegt in der Bereitstellung von Theorien mittlerer Reichweite. Deren Halbwertszeit beträgt häufig nicht länger als etwa ein oder zwei Dekaden. Nach Ablauf solcher Zeitspannen haben sich die Kontexte der analysierten Phänomene unter Umständen derart verändert, dass die noch vor Kurzem als wirksam erkannten Zusammenhänge nicht mehr gelten. Eine Einsicht der Vergleichenden Politischen Ökonomie hat sich seit den Siebzigerjahren aber als bemerkenswert robust erwiesen: Unterschiedliche Regime der Arbeitsbeziehungen bringen unterschiedliche nominale Lohnauftriebe hervor.

Der Grundgedanke dieses Forschungszweigs besteht darin, dass die Fähigkeit zur Lohnmoderation entlang des Koordinationsgrads der Arbeitsbeziehungen variiert. Finden Lohnverhandlungen dezentral und unkoordiniert statt (etwa: auf Firmenebene oder durch Lohnabschlüsse zersplitterter Richtungs- oder Berufsgewerkschaften), muss – aus Perspektive der Arbeitnehmerseite betrachtet – jede Einheit befürchten, dass alle anderen Einheiten preistreibende Lohnabschlüsse antizipieren, daher einen Inflationsaufschlag in ihre Forderungen einkalkulieren und die zunächst nur antizipierte Inflation damit tatsächlich hervorbringen. Allein die Möglichkeit, dass andere Einheiten preistreibende Lohnabschlüsse tätigen *könnten*, legt also nahe, den eigenen Forderungen einen Inflationszuschlag hinzuzufügen. Erfolgen Lohnaushandlungen hingegen koordiniert – durch formale Zentralisation oder durch Pilotabschlüsse mit Leitfunktion –, fällt die Ungewissheit über das Verhalten der anderen Einheiten weg. Aus koordinierten Lohnaushandlungen, so die weitgehend akzeptierte Einsicht, gehen deshalb im Schnitt niedrigere nominale Lohnauftriebe hervor als aus unkoordinierten (gute Überblicke bieten Kenworthy 2002 und Streeck/Kenworthy 2005).

Bevor die Implikationen dieser Einsichten für die Eurozone diskutiert werden, empfehlen sich einige Stichworte zu ausgewählten Aspekten der facettenreichen Debatte über die Wirkungen unterschiedlicher Regime der Arbeitsbeziehungen, die für den empirischen Teil dieses Beitrags von Relevanz sein werden: zur *Hump-shape*-Hypothese, zum Neokorporatismus (im Sinne von Konzertierung), zur Strategiefähigkeit koordinierter Lohnfindung und zur Literatur über „Spielarten des Kapitalismus“.

1. Der oben skizzierte Grundgedanke legt einen linearen Zusammenhang zwischen Koordination einerseits und Lohnauftrieben andererseits nahe. Als Alternative wurde, insbesondere durch Calmfors/Driffill (1988), die Möglichkeit eines kurven- beziehungsweise buckelförmigen Zusammenhangs diskutiert. Dieser Hypothese liegt die Überlegung zugrunde, dass Lohnmoderation in sehr dezentralisierten Tarifsystemen über den Marktdruck und in sehr zentralisierten Tarifsystemen über die für umfassende Organisationen typische Internalisierung externer Effekte erfolgen könnte, während in Tarifsystemen mit mittlerem Zentralisationsgrad beide Mechanismen unwirksam sein könnten. Allerdings blieb die empirische Evidenz für diese These schwach, und sie wurde im Zeitverlauf umso schwächer, je mehr die Forschung den Fokus von der formalen Zentralisation auf die faktische Koordination der Lohnregime verlagerte (Soskice 1990).¹ Zu beachten ist aber, dass sich die lineare und die „Buckelhypothese“ nicht diametral widersprechen. Es wäre denkbar, dass die von beiden Theorien spezifizierten Mechanismen gleichzeitig wirken. In diesem Fall wäre der Zusammenhang zwischen Koordination und Lohnauftrieben als zugunsten der koordinierten Regime gekippte Kurve zu beschreiben (Driffill 2005).
2. Die politikwissenschaftliche Literatur zum Neokorporatismus interessierte sich nicht nur für die unmittelbaren Lohneffekte unterschiedlicher Grade an Koordination von Lohnverhandlungen, sondern vor allem auch für die Einbindung handlungsfähiger Verbände in die Politikproduktion („Konzertierung“) und für die sich daraus ergebenden Möglichkeiten ausgehandelter Entscheidungen über unterschiedliche Politikfelder hinweg, so etwa für die Einbindung der Sozialpartner in die Sozialpolitik (Streeck/Kenworthy 2005). Bis in die Neunzigerjahre hinein lautete die Annahme der Forschung, dass solche Einbindungen nur vor dem Hintergrund annähernd umfassender, nicht untereinander konkurrierender Verbände aufseiten von Arbeit und Kapital gelingen konnten. Im Vorfeld der Währungsunion zeigten sich aber Phänomene, die dieser Annahme zu widersprechen schienen: Es entstanden „Soziale Pakte“ in Ländern wie Spanien, Portugal und Irland, in Ländern also, in denen man die ideologischen, institutionellen und organisationalen Voraussetzungen für Konzertierung vorher skeptisch beurteilt hatte (Hassel 2000, 2006). Diese Konzertierungsversuche zielten zum einen, anders als noch in den Siebzigerjahren, auf die Einbindung der Sozialpartner in angebotsseitige Reformen zur Erhöhung

1 Tatsächlich zählt Driffill (2005) zu den wenigen Texten der vergangenen zehn Jahre, die dafür plädieren, die *Hump-shape*-Hypothese im Kreis der potenziell erklärungskräftigen Hypothesen zu belassen.

der Wettbewerbskraft. Zum anderen dienten sie aber auch dem Ziel, die Steuerungs-fähigkeit der Lohnpolitik zu erhöhen (Pérez 2002; Enderlein 2006). Dieser Punkt ist für die vorliegende Betrachtung relevant, weil einige der heute gebräuchlichen Indizes zur Messung von Koordination und Korporatismus in starkem Maße die Konzertierungsversuche der späten Neunziger- und frühen Zweitausenderjahre reflektieren (vgl. Abschnitt 3).

3. Die oben skizzierte Interpretation der unterschiedlichen Funktionsweisen von unkoordinierten und koordinierten Lohnregimen benannte genau genommen eine Dysfunktion unkoordinierter, dezentraler Lohnaushandlung, ohne den Blick auf die spezifischen Potenziale koordinierter Lohnaushandlung zu lenken. Tatsächlich aber konzentrierte sich die Debatte seit den Neunzigerjahren besonders auf die Umstände, unter denen lohnpolitische Entscheidungsträger eine langfristig und strategisch ausgerichtete Lohnpolitik unter Berücksichtigung der antizipierten Handlungen anderer, außerhalb der Lohnpolitik angesiedelter „Spieler“ betreiben können und wollen. Besonders deutlich trat dieser Gesichtspunkt in der Forschung über die Interaktion von Lohn- und Geldpolitik zutage. In diesem Literaturzweig wurde argumentiert, dass koordinierte Lohnfindung in Interaktion mit einer auf die Preisstabilität verpflichteten Zentralbank bessere Ergebnisse erzeugen kann als unkoordinierte Lohnfindung. Denn nur im Falle koordinierter Lohnfindung könne die Zentralbank bereits durch die Androhung einer restriktiven Geldpolitik Lohnzurückhaltung herbeiführen, ohne tatsächlich an der Zinsschraube drehen zu müssen (Hall/Franzese 1998; Soskice/Iversen 1998). Entscheidend für die nachfolgende Argumentation ist, dass man koordinierter Lohnfindung hier – über die Vermeidung von Inflationsaufschlägen hinaus – eine gewisse Befähigung zu strategischer, langfristig ausgerichteter Reflexion und Strategiewahl zusprach, die es in unkoordinierten Lohnregimen nicht geben kann.
4. Eine zusätzliche Weiterentwicklung der Einsichten in die Wirkungen unterschiedlicher Grade an Lohnkoordination stammt aus der Literatur über Produktionsregime (Streeck 1991; Hall/Soskice 2001). Dieser Sicht zufolge erklärt sich die Funktionsweise von Institutionen nicht nur über die Strukturmerkmale isolierter Institutionen, sondern in starkem Maße auch über die „Querwirkungen“ zwischen Institutionen. Beispielsweise ließe sich eine ausgeprägte Befähigung zur Lohnmoderation insbesondere dort vermuten, wo nicht nur die Lohnfindung koordiniert erfolgt, sondern die Beschäftigten darüber hinaus über ein Mindestmaß an Kündigungsschutz verfügen, der ihnen garantiert, dass sie die Früchte etwaiger Lohnzurückhaltung zu späteren Zeitpunkten auch tatsächlich ernten können. In diesem Sinne ließe sich von in funktionaler Hinsicht komplementären Institutionen der Lohnfindung und des Kündigungsschutzes sprechen. Die Literatur über „Spielarten des Kapitalismus“ hat zahlreiche, zum Teil sehr kontroverse Hypothesen über solche Komplementaritäten beziehungsweise „Querwirkungen“ zwischen Institutionen aus Sphären wie den Arbeitsbeziehungen, der Sozialpolitik, der Unternehmenskontrolle und insbesondere der Aus- und Weiterbildung (*skill formation*) formuliert. Entscheidend für

die vorliegende Betrachtung ist, dass sich das Interesse dieses Literaturzweigs folglich von der Koordination in einzelnen Sphären auf die Grade an Koordination über unterschiedliche Sphären von Produktionsregimen hinweg verlagerte (Hall/Gingerich 2004).

Gibt es spezifische Gründe für (oder gegen) die Annahme, dass die Lohnauftriebe auch unter den Bedingungen der ersten zehn Euro-Jahre entlang der Koordinationsgrade der Arbeitsbeziehungen variiert haben sollten? Zunächst fällt auf, dass sowohl die EU-27 (ab Juli 2013: EU-28) als auch die Euro-17 hinsichtlich ihrer Lohnregime sehr heterogene Ländergruppen sind und dass diese Heterogenität auch im Zuge der zunehmenden Vertiefung der europäischen Integration nicht eingeebnet wurde (Höpner/Schäfer 2012: Abschnitt 3). Die Arbeitsbeziehungen im Euroraum unterscheiden sich in einer Vielzahl von Dimensionen, zu denen etwa die Organisationsquoten von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, die Grade an Zersplitterung in Richtungs- und Berufsgewerkschaften, die Verbreitung von Flächentarifverträgen, die Signalwirkung von Pilotabschlüssen, Staatseingriffe in die Lohnfindung, Mindestlöhne und die Inflationsindexierung von Löhnen zählen, um nur einige zu nennen (Du Caju et al. 2008). Die Fähigkeit zur Vermeidung von Inflationsaufschlägen sollte daher auch über die Teilnehmerländer des Euros ungleich verteilt sein.

Wie oben herausgestellt, wurde den koordinierten Lohnregimen darüber hinaus eine besondere Fähigkeit zur strategischen und langfristig ausgerichteten Lohnpolitik zugesprochen (Punkt 3 der obigen Aufzählung). Bestehen Anreize, diese Fähigkeit auch tatsächlich tarifpolitisch zur Geltung zu bringen, auch im Kontext der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Währungsraum fort? Es gibt keinen Grund, das Gegenteil anzunehmen. Die Anreize zum strategischen Einsatz der Tarifpolitik dürften sich unter den Bedingungen des Euros im Zweifel sogar verstärkt haben. Denn die gemeinsame Währung hat sowohl die Intensität des transnationalen Lohnwettbewerbs verstärkt als auch den Stellenwert der Lohnpolitik in der makroökonomischen Politik erhöht. In einem Regime flexibler (oder fester, aber anpassungsfähiger) Wechselkurse sind die Anreize, die Tarifpolitik an den Parametern des transnationalen Lohnwettbewerbs auszurichten, begrenzt. Angenommen, eine Gewerkschaft des Exportsektors (etwa: die deutsche IG Metall) müsste sich entscheiden zwischen einer Tarifpolitik, die den produktivitätsbezogenen Verteilungsspielraum im Wesentlichen ausschöpfen würde, und einer im Vergleich dazu stärker zurückhaltenden Lohnpolitik, die bei den Mitgliedern zunächst einmal unpopulär wäre, möglicherweise aber Exportüberschüsse generieren und damit auf mittlere Sicht die Arbeitsplatzsicherheit im Exportsektor erhöhen könnte. In dieser Situation müsste die Gewerkschaft befürchten, dass die möglichen Außenhandelseffekte von Lohnmoderation durch Wechselkursanpassungen konterkariert werden. Es spräche daher viel dafür, die lohnpolitischen Entscheidungen vor allem im Hinblick auf die Binnenwirtschaft zu fällen.

Was aber, wenn sich der Kontext des Währungsregimes verändert? Sind Wechselkursanpassungen ausgeschlossen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass zurückhaltende Lohnpo-

litik nachhaltig die Positionierung im transnationalen Kostenwettbewerb verändert. Für Gewerkschaften des Exportsektors sollte der Eintritt in den Euro die relative Gewichtung entscheidungsrelevanter Beweggründe daher graduell von der Binnen- zur Außenwirtschaft verschoben haben. Ähnliche Wirkungen dürfte zudem ein weiterer Umstand entfalten, und zwar die mit dem Übergang zum Euro erfolgte mangelnde Verfügbarkeit alternativer Instrumente makroökonomischer Anpassung. Denkt man den Fiskalpakt als Bestandteil des Euro-Regimes mit, dann erweisen sich auf nationaler Ebene drei von vier der üblicherweise zur makroökonomischen Steuerung verfügbaren Instrumente als nur noch bedingt oder überhaupt nicht mehr einsetzbar: die Zinspolitik, die Wechselkurspolitik und die Fiskalpolitik. Es bleibt die Lohnpolitik und die Möglichkeit, eine lahrende Binnenkonjunktur auf dem Wege der Generierung von Exportüberschüssen zu stimulieren. Kurz, die Annahme erscheint begründet, dass die Fähigkeit zum strategischen Einsatz zurückhaltender Lohnpolitik nicht auch, sondern *gerade* unter den Bedingungen des Eintritts in die Währungsunion zur Geltung kommen sollte.

Allerdings ließe sich einwenden, dass gerade die Erfahrungen mit der Eurokrise gezeigt haben, dass Strategien der gezielten Generierung von Exportüberschüssen Folgeprobleme nach sich ziehen, weil Importüberschüsse der Finanzierung bedürfen, die letztlich als notwendige Transfers oder Stützungsmaßnahmen auf die Exportländer zurückfallen. Aber selbst wenn man im Gedankenexperiment unterstellt, dass die Sozialpartner in den Überschussländern diesen Effekt frühzeitig durchschauen und in ihre Überlegungen einfließen lassen – eine weitreichende Unterstellung, weil sie ein extremes Maß an langfristiger Kalkulation der Sozialpartner voraussetzt (ein Problem unterstellter Hyperrationalität) –, spricht dies nicht gegen die Annahme eines durch die Währungsunion verstärkten Anreizes zum Eintritt in die transnationale Lohnkonkurrenz. Denn die binnenbezogenen Verteilungswirkungen dieser Konstellation sind komplex und bemerkenswert. Kommt es zu Transfers, beispielsweise in Form direkter Fiskaltransfers oder etwa einer transnationalen Vergemeinschaftung der Schuldenhaftung, entfallen die hierfür notwendigen Kosten auf alle binnenwirtschaftlichen Sektoren gleichermaßen, der Nutzen hingegen in erster Linie auf die Exportsektoren. Im Ergebnis ließe sich von einer erzwungenen Subventionierung des Exportsektors durch alle Steuerzahler sprechen. Aber wohlgemerkt: Diese Überlegungen sind hochgradig theoretischer Natur und es liegen keine empirischen Hinweise für die Annahme vor, dass die Sozialpartner derart langfristige Wirkungen tatsächlich in ihre Entscheidungsfindung einfließen lassen. Es gilt lediglich festzuhalten, dass wenig dafür spricht, dass der Euro die Anreize für den strategischen Einsatz der Lohnpolitik außer Kraft gesetzt hat. Im Ergebnis also erscheint die Hypothese diskussionswürdig, dass die Wirkungen unterschiedlicher Grade an Lohnkoordination auch unter den Bedingungen des Euros zur Geltung kommen sollten.

3 Empirie

Nachfolgend soll überprüft werden, ob die Unterschiedlichkeit der nationalen Lohnregime einen eigenständigen Beitrag zur Auseinanderentwicklung der Lohnkosten im Euroraum geleistet hat. Zu diesem Zweck werden Daten der elf Länder analysiert, die zum 1. Januar 1999 die EU-Konvergenzkriterien erfüllten und den Euro fortan als Buchgeld und ab dem 1. Januar 2002 als offizielle Währung (Ausgabe von Euromünzen und -banknoten) einführten. Dabei handelt es sich um Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien. Zum 1. Januar 2001 trat zudem Griechenland der Eurozone bei. Wegen fehlender Daten zur Lohnentwicklung (sowie zu einigen der erklärenden Variablen) kann Griechenland aber nur bei einigen der nachfolgenden Berechnungen berücksichtigt werden. Untersucht werden die zehn Jahre zwischen der Einführung des Euros als Buchgeld (1999) und dem Ausbruch der Finanzkrise (2008).

Die abhängige Variable sind die nominalen jährlichen Steigerungsraten der Lohnstückkosten, die im Gegensatz zu den nominalen Steigerungen der Stundenlöhne auch die Veränderungen der Arbeitsproduktivität in Rechnung stellen (und also Auskunft über die nominalen Lohnkosten relativ zu Produktionseinheiten statt Arbeitsstunden geben). Diese Daten liegen für alle betrachteten Länder und Jahre mit der Ausnahme Griechenlands in den Jahren 1999 und 2000 vor (Datenquelle: Eurostat). Zudem werden für die nachfolgenden Berechnungen jährliche reale Wachstumsraten verwendet. Sie liegen für alle betrachteten Länder und Jahre vor (Datenquelle: Eurostat).

Des Weiteren werden bei den anschließenden Betrachtungen Indikatoren berücksichtigt, die – aus unterschiedlichen theoretischen Blickwinkeln – die Grade an Koordination der nationalen Arbeitsbeziehungen (im weiteren Sinne) erfassen. Es handelt sich um insgesamt neun Variablen, die sich in vier Gruppen sortieren lassen (siehe auch die Übersicht im Anhang).

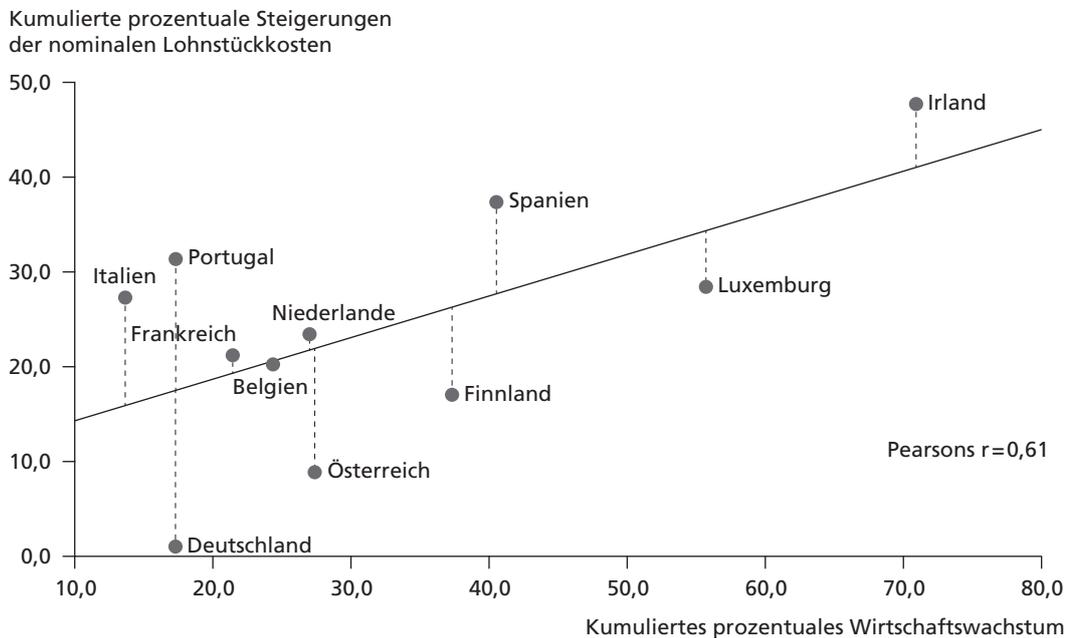
1. Bei den ersten drei Variablen handelt es sich nicht um konstruierte Indizes, sondern um Maße, die den Grad an Koordination der Arbeitsbeziehungen anhand direkt beobachtbarer Umstände abbilden. Sie sind definiert als (1) die gewerkschaftliche Netto-Organisationsquote (ohne Rentner) der abhängig Beschäftigten (in Prozent), (2) die Organisationsquote der Arbeitgeberverbände, definiert als Anteil an Beschäftigten, deren Arbeitgeber Mitglieder eines Arbeitgeberverbands sind (in Prozent), und (3) der Prozentsatz abhängig Beschäftigter, der von Tarifverträgen erfasst wird. Diese zeitvarianten Daten stammen aus der ICTWSS Database in der Version von 2011 (zitiert als Visser 2011).
2. Zur zweiten Gruppe gehören zwei zeitvariante Variablen aus der neueren Forschung, die über vorherrschende Modi der Lohnfindung Auskunft geben. Der erste dieser Indikatoren wurde ursprünglich von Kenworthy (2001) konstruiert und bildet unterschiedliche Grade an Lohnkoordination ab, wobei das Minimum von 1 für frag-

mentierte Lohnaushandlung steht, 3 für industrieweite Lohnkoordination und das Maximum von 5 für nationale Lohnkoordination (sowie 2 und 4 für Mischformen). Der zweite Indikator dieser Gruppe stammt ursprünglich von Hassel (2006: Kapitel 3), bezieht sich auf die Ausmaße an staatlicher Intervention in die Lohnfindung und hat ebenfalls fünf Rangplätze, wobei 1 für minimale und 5 für maximale staatliche Intervention in die Lohnaushandlung stehen. Beide Variablen werden in der angepassten Version der ICTWSS Database (Visser 2011) verwendet.

3. Die dritte Gruppe besteht aus zwei „klassischen“ Korporatismus-Indikatoren. Beide Indikatoren sind nicht zeitvariant und beziehen sich auf Zeiträume vor Gründung des Euro. Erstens handelt es sich dabei um Schmidts Korporatismus-Index (Schmidt 1983), der sich auf die Siebzigerjahre bezieht und bei dem 5 für starken, 3 für mittleren und 1 für schwachen beziehungsweise abwesenden Korporatismus stehen (Datenquelle: Siaroff 1999: Tabelle 1). Der zweite Indikator ist Siaroffs Index der „integrierten Ökonomie“, der sich auf die Neunzigerjahre bezieht. Dieses Maß wird in der Forschung häufig verwendet und in der Regel als Korporatismus-Index interpretiert, wobei der Korporatismusbegriff hier weit gefasst ist und die Institutionalisierung von Sozialpartnerschaft über unterschiedliche Arenen hinweg umfasst. In den komplexen kombinierten Index fließt eine Vielzahl von Teilindizes ein, darunter Indizes der Intensität von Lohnkonflikten, der Koordination der Lohnfindung, der Arbeitnehmermitbestimmung und der Konzertierung von Verbänden (Siaroff 1999: Tabelle 4d).
4. Zur vierten und letzten Gruppe gehören zwei ebenfalls nicht zeitvariante Indikatoren aus der Spielarten-des-Kapitalismus-Forschung, die Grade an Koordination über unterschiedliche Sphären von Produktionsregimen hinweg abbilden. In beide Indizes fließen Daten aus den Neunzigerjahren ein. Der Index von Hall und Ginge- rich (2004) lehnt sich eng an das ursprüngliche *Varieties-of-Capitalism*-Konzept von Hall und Soskice (2001) an. Es handelt sich um einen kombinierten Index aus sechs Teilindikatoren, von denen sich drei auf die Koordination in der Sphäre der Unternehmenskontrolle und drei auf die Koordination in den Bereichen Lohnfindung und Arbeitsmärkte beziehen. Der zweite Index stammt von Höpner (2007) und fokussiert auf das Spannungsfeld zwischen Unternehmen und Gesellschaft („organisierter Kapitalismus“). In diesen Index fließen Daten zu den Eigentümerstrukturen von Großunternehmen, zur Arbeitnehmermitbestimmung auf Ebene der Leitungsorgane sowie zu den Organisationsgraden der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ein.

Abbildung 1 stellt das für die zehn Jahre von 1999 bis 2008 kumulierte Wirtschaftswachstum und die für denselben Zeitraum kumulierte Steigerung der nominalen Lohnstückkosten der betrachteten Länder einander gegenüber. Zunächst soll die Aufmerksamkeit der Positionierung der Länder auf der vertikalen Achse gelten. Es zeigen sich enorme Unterschiede in der nominalen Lohnstückkostenentwicklung der betrachteten Länder, die sich als reale Wechselkursverzerrungen interpretieren lassen. Während der nomina-

Abbildung 1 Kumuliertes Wirtschaftswachstum und kumulierte Steigerungen der nominalen Lohnstückkosten, 11 Euro-Länder, 1999–2008



le Preis einer Arbeitseinheit in Deutschland im betrachteten Zeitraum um 1,1 Prozent stieg, betrug der Anstieg im irischen Fall 47,8 Prozent. Alle anderen betrachteten Länder positionieren sich zwischen diesen beiden Extremen und streuen mit einer Standardabweichung von 12,8 um einen mittleren Anstieg von 24,1 Prozent.² Die Ausmaße dieser Unterschiede, die sich in nur zehn Jahren manifestiert haben, sind bemerkenswert. Sie implizieren, dass sich die preislichen Wettbewerbspositionen der beteiligten Länder seit Einführung des Euros quer über den europäischen Kontinent verschoben haben.³

Diese Verzerrung der realen Wechselkurse wurde in der „komplexen“ Interpretation der Eurokrise (vgl. Abschnitt 1) auf die Unterschiedlichkeit der innereuropäischen Konjunkturverläufe zurückgeführt, die ihrerseits durch die *One-Size-fits-all*-Zinspolitik der Europäischen Zentralbank verstärkt wurde. Der in der Abbildung gezeigte Zusammenhang zwischen dem realen Wirtschaftswachstum und den nominalen Lohnauftrieben stützt diese Interpretation. Zunächst einmal zeigt sich, dass die Unterschiedlichkeit der realen Wachstumsraten im betrachteten Zeitraum sogar noch stärker ausfiel als die

2 Bedauerlich sind hier die fehlenden griechischen Werte für die Jahre 1999 und 2000, weswegen Griechenland in diese Betrachtung nicht einfließen kann. In den Jahren 2001 bis 2008 verteuerten sich die griechischen Lohnstückkosten um kumuliert 29,2 Prozent. Vergleicht man dies mit dem Mittelwert für die anderen elf Euro-Länder von 24,1 Prozent und berücksichtigt zudem, dass sich dieser überdurchschnittliche Anstieg in nur acht statt zehn Jahren vollzogen hat, fällt Griechenland hier deutlich (und erwartungsgemäß) in die Gruppe der „Problemländer“.

3 Erwartungsgemäß zeigt sich ein sehr enger Zusammenhang zwischen den kumulierten Steigerungen der Lohnstückkosten und den kumulierten Preissteigerungsraten desselben Zeitraums ($r=0,92$, $n=11$).

Unterschiedlichkeit der nominalen Lohnsteigerungen (gemeint sind hier und nachfolgend stets die Lohnstückkosten). Während die italienische Volkswirtschaft in den ersten zehn Euro-Jahren um 13,6 Prozent wuchs, konnte die irische Volkswirtschaft ein reales Wachstum von 70,9 Prozent verzeichnen. Das mittlere kumulierte Wachstum betrug 32,8 Prozent und die Standardabweichung vom Mittelwert 17,8 Prozent.⁴

Vor allem aber zeigt sich der von der „komplexen“ Interpretation erwartete Zusammenhang zwischen dem Wachstum und den nominalen Lohnauftrieben (vergleiche die in die Abbildung eingefügte Trendlinie).⁵ Offenbar stiegen die Lohnstückkosten vor allem dort, wo die Produktionskapazitäten nahezu ausgelastet waren oder die Konjunktoren sogar überhitzten.⁶ Worauf es nachfolgend aber ankommen soll, ist die Tatsache, dass die Wachstumsdynamiken der Euroländer einen Teil des Auseinanderdriftens der Lohnstückkosten *unerklärt* lassen (siehe die dünnen gestrichelten Linien in Abbildung 1). Der Anstieg der portugiesischen Lohnstückkosten war um 13,9 Prozentpunkte stärker, als es die Trendlinie in Abbildung 1 erwarten lassen würde. Für Italien ergibt sich ein positives Residuum von 11,5 Prozentpunkten und für Spanien ein positives Residuum von 9,6 Prozentpunkten. Spiegelbildlich dazu gibt es Länder, in denen der Lohndruck geringer ausfiel, als es auf Grundlage der Wachstumsdynamiken zu erwarten gewesen wäre. Diese negativen Residuen betragen 16,4 Prozentpunkte im deutschen, 13,0 Prozentpunkte im österreichischen und 9,3 Prozentpunkte im finnischen Fall. Vor allem aber wird deutlich, dass die Residuen ein Muster aufweisen. Es sind bestimmte – kulturell und hinsichtlich ihrer institutionellen Konfigurationen verwandte – Länder, die sich in Abbildung 1 entweder unterhalb oder oberhalb der Trendlinie positionieren.

Nachfolgend soll die Aufmerksamkeit dem überzufälligen Muster dieser Residuen gelten. Tabelle 1 zeigt die Stärken und Deutlichkeiten der Zusammenhänge zwischen den Residuen (den durch das Wachstum unerklärt gebliebenen nominalen Lohnauftrieben) und den neun oben vorgestellten Indikatoren der Koordinationsgrade der nationalen Arbeitsbeziehungen.⁷ Ein Blick auf die Vorzeichen der Korrelationskoeffizienten zeigt zunächst, dass die „Koordiniertheit“, „Organisiertheit“ oder allgemeiner formuliert „Nichtmarktförmigkeit“ der Lohnfindung offenbar nicht mit höheren, sondern mit niedrigeren Lohnauftrieben einherging. Das gilt namentlich auch für die gewerkschaftlichen Organisationsquoten, was angesichts des *union busting*, das derzeit in einigen südeuropäischen Ländern zur Dämpfung von Lohnauftrieben zur Anwendung kommt,

4 Das kumulierte griechische Wachstum betrug im selben Zeitraum 42,1 Prozent.

5 Schließt man das sehr kleine Land Luxemburg aus der Betrachtung aus, verändert sich das Ergebnis nur unwesentlich. Der Pearson'sche Korrelationskoeffizient für den Zusammenhang zwischen dem Wachstum und dem nominalen Lohndruck steigt leicht von $r=0,61$ auf $r=0,63$ (vgl. auch Fußnote 8).

6 Der Steigungskoeffizient beträgt 0,44. Das bedeutet, dass der aufgezeigte Trend einen um 4,4 Prozentpunkte stärkeren nominalen Lohndruck erwarten lässt, wenn das kumulierte Wirtschaftswachstum um 10 Prozentpunkte stärker war.

7 Bei den zeitvarianten Indikatoren zu den nationalen Arbeitsbeziehungen wurden die Werte über den zehnjährigen Zeitraum von 1999 bis 2008 gemittelt.

Tabelle 1 Nationale Arbeitsbeziehungen und durch das Wachstum unerklärte nominale Lohnauftriebe: Zusammenhangsmaße

Variable	Pearsons r	Signifikanz (p-Wert) und Fallzahl (n)
Gewerkschaftliche Organisationsquote	r=-0,33	p=0,321, n=11
Organisationsgrad der Arbeitgeberverbände	r=-0,45	p=0,165, n=11
Deckungsgrad von Tarifverträgen	r=-0,12	p=0,719, n=11
Kenworthys Index der Lohnkooordination	r=-0,07	p=0,849, n=11
Hassels Index der staatlichen Lohnintervention	r= 0,23	p=0,493, n=11
Schmidts Index des Korporatismus	r=-0,83	p=0,002, n=11
Siaroffs Index der „integrierten Ökonomie“	r=-0,83	p=0,002, n=11
Hall und Gingerichs Index der „koordinierten Ökonomie“	r=-0,53	p=0,115, n=10
Höpnerns Index des „organisierten Kapitalismus“	r=-0,84	p=0,003, n=10

Die durch das Wachstum unerklärten Lohnauftriebe sind definiert als die Residuen des Regressionsmodells, das den Einfluss des realen Wachstums auf die nominalen Lohnauftriebe schätzt (vgl. Abbildung 1). Definition und Quellen der Variablen zu den nationalen Arbeitsbeziehungen: siehe Anhangstabelle 1.

bemerkenswert ist (vgl. hierzu Abschnitt 4). Ein positives Vorzeichen ergibt sich lediglich für den äußerst schwachen Zusammenhang zwischen den über die Wachstumseffekte hinausgehenden Lohnauftrieben und Hassels Index der staatlichen Lohnintervention. Dies verdeutlicht, dass Versuche der öffentlichen Intervention in die Lohnfindung während der ersten zehn Euro-Jahre keineswegs durchgehend erfolgreich waren (ein besonders plastisches Beispiel ist Irland) und dass das Vorliegen solcher Versuche in manchen Fällen eher als Problemindikator denn als Lösung interpretiert werden muss. Ähnlich ist der Nullzusammenhang zwischen den Residuen und Kenworthys Index der Lohnkooordination zu interpretieren. In Ländern ohne langjährige sozialpartnerschaftliche Tradition wie Italien und Irland waren die Versuche, die Lohnauftriebe durch „Soziale Pakte“ unter Kontrolle zu bringen, offenbar wenig oder lediglich während der Phase der Vorbereitung auf den Euro erfolgreich. Im Euro selbst haben die Lohnsysteme dieser Länder höhere nominale Lohnauftriebe hervorgebracht, als man es sowohl auf Grundlage des sehr niedrigen Wachstums in Italien als auch des sehr hohen Wachstums in Irland erwarten würde.

Interessant ist nun, welche Korrelationskoeffizienten in Tabelle 1 auf Zusammenhänge von nennenswerter Stärke hindeuten. Dabei handelt es sich um die beiden „klassischen“ Korporatismusindikatoren – obwohl diese nicht für die Zweitausenderjahre, sondern für wesentlich frühere Zeiträume konstruiert wurden –, und um die beiden Indizes aus der Spielarten-des-Kapitalismus-Forschung. Nicht also die Sozialen Pakte der Neunziger- oder Zweitausenderjahre oder zeitnahe Versuche der öffentlichen Intervention in die Lohnfindung brachten unter den Bedingungen des Euros gedämpfte nominale Lohnauftriebe hervor. Unterdurchschnittlich stiegen die Lohnstückkosten vielmehr in Ländern, die über eine lange sozialpartnerschaftliche Tradition verfügten, in denen die Koordination zwischen den Stakeholder-Gruppen über unterschiedliche Sphären der Produktionsregime hinweg institutionalisiert war und die von der Forschung bereits

vor Jahrzehnten als korporatistisch eingestuft wurden.⁸ Bemerkenswert ist auch, dass die von den Eigenarten der Lohnregime ausgehenden Effekte ungefähr so stark einzuschätzen sind wie die Effekte des Wachstums.⁹ Zudem zeigen sich ausschließlich lineare Zusammenhänge. Die U-Kurven-Theorie in der Tradition von Calmfors und Driffill (1988) trägt offenbar nichts zur Aufklärung der Ursachen der divergenten Lohnentwicklungen in den ersten zehn Jahren des Euros bei (vgl. hierzu Ziffer 1 der Aufzählung in Abschnitt 2).¹⁰

Die oben angewandte Methode wurde gewählt, weil ihr ein besonders hohes Maß an Anschaulichkeit zukommt. Nachfolgend werden die vorgefundenen Zusammenhänge einem weiteren Test auf der Basis jährlicher Beobachtungen unterzogen. Dieser Test führt nicht zu substantiell anderen Ergebnissen. Leserinnen und Leser ohne Interesse an den technischen Einzelheiten können die nachfolgenden Angaben daher ohne Informationsverlust überspringen und sich direkt den Schlussfolgerungen in Abschnitt 4 zuwenden.

Tabelle 2 zeigt neun Regressionsgleichungen, bei denen das jährliche Wachstum der nominalen Lohnstückkosten jeweils als abhängige Variable fungiert. In jeder der Gleichungen wurde eine der neun oben beschriebenen Lohnregime-Indikatoren als unabhängige Variable verwendet und zudem das Wirtschaftswachstum des Vorjahres als Kontrollvariable eingefügt. Der Panelstruktur der Daten wird durch nach Länderzugehörigkeit geclusterte robuste Standardfehler Rechnung getragen. Als Kriterium für die Signifikanz wird das Fünf-Prozent-Niveau verwandt.

Der Test führt zu folgenden Ergebnissen:

-
- 8 Auch hier gilt, dass sich die Ergebnisse nicht nennenswert verändern, wenn man das sehr kleine Land Luxemburg aus der Betrachtung ausschließt. Das bemerkenswerteste Ergebnis ist, dass die Stärke des Zusammenhangs zwischen den Residuen und Kenworthys Index der Lohnkoordination ohne Luxemburg auf $r = -0,25$ steigt (gleichwohl aber zu schwach bleibt, um substantiell interpretiert zu werden). Die Stärken aller anderen Zusammenhänge verbleiben in den in Tabelle 1 angegebenen Größenordnungen.
 - 9 Diese Aussage ergibt sich aus einem Vergleich der standardisierten Regressionskoeffizienten aus hier nicht gezeigten Regressionen mit den nominalen Lohnstückkostensteigerungen als abhängiger Variable, bei denen neben dem Wachstum jeweils eine der vier in Tabelle 1 letztgenannten Indikatoren als unabhängige Variablen eingefügt wurden. In allen Fällen sind die standardisierten Regressionskoeffizienten für die substantiellen Variablen sogar etwas höher als die für die Kontrollvariable des Wachstums.
 - 10 Zum Test der U-Kurven-Hypothesen wurden alle in Tabelle 1 aufgeführten Variablen durch Standardisierung und anschließende Quadrierung transformiert und anschließend erstens als alleinige unabhängige Variablen, zweitens unter Kontrolle für das Wachstum sowie drittens unter Kontrolle für das Wachstum und die jeweiligen linearen Variablen getestet. In keiner der 27 Regressionsgleichungen zeigt sich für die transformierten Variablen ein Ergebnis von nennenswerter Stärke oder Deutlichkeit (als Kriterium für letzteres dient das Fünf-Prozent-Signifikanzniveau).

Tabelle 2 Determinanten der jährlichen Lohnstückkostensteigerungen, 12 Euro-Länder, 1999–2008

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Wachstum des Vorjahrs	0,38*** (0,08)	0,40*** (0,07)	0,35** (0,10)	0,38*** (0,07)	0,35** (0,07)	0,34** (0,07)	0,35*** (0,07)	0,13 (0,09)	0,30** (0,09)
Gewerkschaftliche Organisationsquote	-0,02* (0,01)								
Organisationsgrad der Arbeitgeberverbände		-0,04* (0,02)							
Deckungsgrad von Tarifverträgen			-0,01 (0,01)						
Kenworthy's Index der Lohnkoordination				-0,06 (0,19)					
Hassels Index der staatlichen Lohnintervention					0,24 (0,28)				
Schmidts Index des Korporatismus						-0,51*** (0,09)			
Siaroffs Index der „integrierten Ökonomie“							-0,70*** (0,13)		
Hall und Gingerichs Index der „koordinierten Ökonomie“								-3,91** (0,80)	
Höpnors Index des „organisierten Kapitalismus“									-0,91*** (0,16)
Konstante	1,56* (0,54)	3,75* (1,45)	2,10 (1,71)	1,24 (0,62)	0,34 (0,99)	2,25*** (0,32)	3,42*** (0,52)	4,53*** (0,66)	1,56** (0,35)
R ²	0,16	0,26	0,16	0,15	0,16	0,26	0,26	0,28	0,32
F-Wert	16,96	42,68	18,81	16,15	12,49	26,23	28,46	15,04	25,01
Root MSE	1,83	1,67	1,86	1,87	1,86	1,75	1,75	1,52	1,48
N	117	95	118	118	118	118	118	100	100
Anzahl der Cluster	12	12	12	12	12	12	12	10	10

OLS Regressionen. Robuste Standardfehler in Klammern (nach Ländern geclustert). ***p < 0,001, **p < 0,01, *p < 0,05. Software: Stata. Definitionen und Quellen der Variablen: siehe Anhang.

1. Grundsätzlich werden die oben referierten Ergebnisse bestätigt. Auch auf Basis jährlicher Beobachtungen zeigen sich für die „klassischen“ Korporatismusindikatoren nach Schmidt und Sioroff sowie für die Indikatoren aus der Spielarten-des-Kapitalismus-Schule nach Hall/Gingerich und Höpner signifikante Ergebnisse (siehe die Gleichungen 6–9), wobei der Erklärungswert dieser Indikatoren in drei von vier Fällen geringfügig höher ausfällt als jener der Kontrollvariable. Die Anteile erklärter Varianz an der Gesamtvarianz betragen zwischen 26 und 32 Prozent.
2. Im Unterschied zu den oben angestellten Betrachtungen kommen auf Basis der Jahresbeobachtungen nun auch für die Organisationsgrade der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände signifikante Ergebnisse zustande, wobei der Erklärungswert der Organisationsgrade der Arbeitgeberverbände höher ausfällt als der Erklärungswert der Stärke der Gewerkschaften (Gleichungen 1 und 2). Insbesondere in Bezug auf die Gewerkschaftsstärke sei hier noch einmal auf das Vorzeichen des Koeffizienten hingewiesen: Im Beobachtungszeitraum brachten mitgliederstarke Gewerkschaften nicht etwa höhere, sondern tendenziell niedrigere nominale Lohnauftriebe hervor.
3. Für die Variablen zur Lohnkoordination und zur staatlichen Einflussnahme auf die Lohnfindung bestätigen sich die weiter oben referierten Befunde. Diese Variablen, die die Erfahrungen mit den „Sozialen Pakten“ der Neunziger- und frühen Zweitausenderjahre reflektieren, tragen offenbar nichts zur Erklärung der Unterschiedlichkeit der Lohnauftriebe während der ersten zehn Euro-Jahre bei (Gleichungen 4 und 5).
4. In einem zusätzlichen, nicht in Tabelle 2 gezeigten Test wurden in die neun Regressionsgleichungen zusätzlich die U-Kurven-transformierten Variablen eingefügt. Für diese Variablen kam in keiner der neun Gleichungen ein auf dem Fünf-Prozent-Niveau signifikantes Ergebnis zustande. Die „Buckelhypothese“ in der Tradition von Calmfors/Driffill ist daher ohne Abstriche abzulehnen: Es besteht kein Anlass für die Annahme, dass nicht nur besonders „koordinierte“ oder „organisierte“, sondern auch besonders marktförmige Modi der Lohnfindung unter den Bedingungen des Euros gedämpfte Lohnauftriebe hervorbrachten.¹¹

11 In weiteren Tests wurde überprüft, ob die Ergebnisse auch dann stabil bleiben, wenn man zusätzlich unterschiedliche Zeitvariablen (*year dummies*, *time counter*, *cubic splines*) in die Regressionsgleichungen einfügt. In allen Tests blieben die Befunde bestehen. Ich danke Mark Lutter herzlich für seine Anleitung bei der Durchführung dieser Robustheitstests.

4 Diskussion

Der empirische Teil dieses Papiers hat verdeutlicht, dass die Unterschiedlichkeit der europäischen Lohnregime einen eigenständigen Beitrag zu den divergenten Lohnauftrieben und damit zu den realen Wechselkursverzerrungen geleistet hat, unter denen der Euroraum gegenwärtig leidet. Ergeben sich daraus Implikationen, die geeignet wären, unser Denken über den Euro und seine Krise grundlegend zu verändern? Um diese Frage zu diskutieren, erscheint ein Rückgriff auf die in der Einleitung skizzierte „komplexe“ Interpretation der Eurokrise sinnvoll. Diese Interpretation erkannte eine wesentliche Krisenursache im Euro selbst, genauer: in der *One-Size-fits-all*-Politik der EZB. Unter der Bedingung eines einheitlichen Nominalzinses weisen Länder im Boom sinkende, Länder in der Stagnation hingegen steigende Realzinsen auf, was – im Vergleich zu einer Situation mit reaktionsfähigen nationalen Notenbanken – verstärkend auf die jeweiligen Ausschläge wirken muss. Diese Verlängerung der nationalen Konjunkturzyklen wirkt aber nicht ins Unendliche fort, denn neben dem kurzfristig wirksamen Zinseffekt setzt ein mittelfristig wirksamer Wettbewerbseffekt ein: Überdurchschnittlich steigende Löhne und Preise müssen in den Boomländern zu Einbußen an Wettbewerbskraft führen und die verlängerte Hochkonjunktur letztlich durch eine Wettbewerbskrise beenden.

Das ist freilich kein erfreuliches Szenario – aber immerhin ein „symmetrisches“, denn alle beteiligten Länder sollten mal von der dysfunktional verlängerten Krise, mal vom dysfunktional verlängerten Boom betroffen sein. Blanchard (2007) hat dieses prognostizierte Wechselspiel in einem viel zitierten Vortrag als „rotating slumps“ bezeichnet (vgl. auch Dullien/Fritsche 2007; Fritsche 2009; Landmann 2012; Scharpf 2011). Diese Symmetriethese, so die entscheidende Implikation des in diesem Papier geführten Arguments, dürfte zu optimistisch sein. Sie setzt voraus, dass die Lohnpolitik in den beteiligten Ländern unter ähnlichen Bedingungen ähnlich reagiert. Tatsächlich aber reagieren die im Euroraum vertretenen Lohnregime auf ähnliche Impulse unterschiedlich und verzerren die realen Wechselkurse im Euroraum daher zyklusübergreifend (vergleiche hierzu auch das diesem Papier vorangestellte Zitat aus Fritz W. Scharpfs 1987 erschienener Studie zur sozialdemokratischen Krisenpolitik). Realistischer als ein „symmetrisches“ Rotationsszenario erscheint unter den Bedingungen verunmöglichter nominaler Wechselkurskorrekturen daher – leider – ein Szenario der dauerhaften Spaltung in Ländergruppen mit steigender und solche mit schwindender Wettbewerbskraft, in Gläubiger- und Schuldnerstaaten und in Sender und Empfänger oktroyierter wirtschaftspolitischer Vorgaben.¹²

12 Dass Deutschland bis auf Weiteres von dem Wettbewerbseffekt profitiert, impliziert nicht, dass es nicht eines Tages wieder (wie bereits während der ersten Hälfte der Zweitausenderjahre) Opfer des Zinseffekts werden könnte. Würde beispielsweise das chinesische Experiment gegen die Wand fahren (vergleiche ten Brink 2013 zu den internen Widersprüchen des chinesischen Wachstumsmodells), wäre Deutschland in Europa überdurchschnittlich betroffen. Es würde einen besonders starken Exporteinbruch erleiden, der sich schneller und stärker als in anderen Ländern auf die Binnenkonjunktur auswirken würde, ohne dass eine nationale Zentralbank passgenau reagieren könnte. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wäre Deutschland dann wieder an

In diesem Papier wurden zwei mögliche Ursachen für die unterschiedlichen Funktionsweisen koordinierter und unkoordinierter Lohnregime benannt: spezifische Dysfunktionen unkoordinierter Lohnfindung (der antizipierte Lohnaufschlag der bei der Lohnfindung konkurrierenden Einheiten) sowie die über die Lohnregime ungleich verteilte Fähigkeit zur strategischen Lohnzurückhaltung. In keinem anderen Land waren die Lohnauftriebe während der ersten zehn Euro-Jahre so gering wie in Deutschland. Hat dies seine Ursache in strategischer, also intentional auf die Generierung von Exportüberschüssen zielender Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften des Exportsektors? Insbesondere in Diskussionen mit lohnpolitischen Praktikern wird häufig ein gewichtiger Einwand in Stellung gebracht. Die Lohnpolitik des vergangenen Jahrzehnts fand in einem Kontext weitreichender Sozialreformen statt, die die Lohnkonkurrenz zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten verschärft und daher Druck auf die Löhne am unteren Ende des Arbeitsmarkts ausgeübt haben. Zwar sind von diesem Effekt vor allem Niedriglohnarbeitsplätze im Dienstleistungssektor betroffen. Da aber der industrielle Exportsektor als Konsument von Dienstleistungen auftritt, mag dieser Effekt zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsposition der exportorientierten Unternehmen beigetragen haben. Zudem führten die deutschen Arbeitsmarktreformen zu einem Boom des Einsatzes von Leiharbeit, Werkverträgen und Befristungen auch im Industriesektor, und auch dies mag einen Beitrag zu der aus deutscher Sicht günstigen preislichen Wettbewerbsposition und den daraus resultierenden realen Wechselkursverzerrungen im Euroraum geleistet haben. All dies spricht gegen die Deutung, die deutschen Gewerkschaften hätten die Wechselkursverzerrungen zwischen Deutschland und anderen Euro-Ländern durch strategischen Einsatz der Tarifpolitik intentional herbeigeführt.

Dieser Einwand hat Substanz, widerspricht dem in diesem Papier spezifizierten Effekt aber nicht. Die empirischen Betrachtungen des Abschnitts 3 begannen, der Anschaulichkeit halber, mit einem Blick auf die durch das Wachstum unerklärten Residuen der nominalen Lohnentwicklung in den ersten zehn Euro-Jahren (Abbildung 1). Bezieht man die Ausprägungen der Lohnregime (im weiteren Sinne) in die Betrachtung mit ein, verbleiben wiederum Residuen, und diese sind für kein anderes Land so ausgeprägt wie für Deutschland. Diesen Berechnungen zufolge waren die kumulierten nominalen Lohnstückkostensteigerungen Deutschlands in den ersten zehn Euro-Jahren um beachtliche zehn bis zwölf Prozentpunkte geringer, als man es auf Grundlage des damaligen kumulierten Wirtschaftswachstums *und* der lohnpolitischen Institutionen erwarten sollte. Es spricht also nichts gegen die Annahme, dass die vom hohen Koordinationsgrad der Arbeitsbeziehungen ausgehenden Effekte durch weitere „deutschlandspezifische“ Effekte – namentlich durch die politisch begünstigte zunehmende Spaltung der Industriearbeiterschaft in Kern- und Randbelegschaften sowie durch die

der Reihe, die europäischen Verschuldungsgrenzen zu reißen (und würde, so legt die Argumentation dieses Papiers nahe, mit Sozialreformen und Lohnzurückhaltung reagieren). Allgemein sei daran erinnert, dass das deutsche Exportmodell von Erfolgsfaktoren abhängig ist, die durch die deutsche Politik und Wirtschaft nicht kontrollierbar sind.

erhöhte Lohnkonkurrenz – in erheblichem Maße verstärkt, um nicht zu sagen: radikalisiert wurden (ähnlich übrigens auch Deutsche Bundesbank 2010: 25).

Nun ließe sich argumentieren, dass die über Europa ungleich verteilte strategische Handlungsfähigkeit der Lohnpolitik nicht nur Teil des Problems, sondern auch Teil der Lösung sein könnte. Insbesondere keynesianische Ökonomen haben wiederholt vorgeschlagen, die deutschen Sozialpartner sollten zum Abbau makroökonomische Ungleichgewichte durch eine gezielte Serie überdurchschnittlicher Lohnabschlüsse beitragen (siehe etwa Stein et al. 2012). Die Stimmigkeit dieses Appells ist nicht von der Hand zu weisen, es darf aber bezweifelt werden, dass die Sozialpartner ihm folgen. Denn die deutsche Lohnpolitik, die in besonderem Maße die Folgewirkungen für die Arbeitsplatzsicherheit im Exportsektor bedenkt, erfolgt schließlich aus wohlverstandenen Eigeninteresse der Gewerkschaftsmitglieder und ist keine Folge „irrationalen“ Handelns der Verbandsspitzen. Bis zu einem gewissen Grad dürften sich die deutschen Exporterfolge in einer Abflachung der deutschen Lohnzurückhaltung niederschlagen. Eine Lohnpolitik, die gezielt die Abschmelzung der deutschen Exportüberschüsse betreiben und damit Arbeitsplätze im Exportsektor gefährden würde, ist aber nicht zu erwarten und namentlich durch politische Appelle nicht herbeizuführen. Im Gegenteil: Geraten Arbeitsplätze des Exportsektors in Gefahr, reagieren die deutschen Tarifpartner mit Lohnzurückhaltung.¹³

Wäre als Lösung letztlich der Export der lohnpolitischen Institutionen des alten „DM-Blocks“ in andere europäische Länder anzustreben? Die Realisierbarkeit dieser vermeintlichen Lösung muss mit einem großen Fragezeichen versehen werden. Denn die jüngeren Erfahrungen haben ja gerade gezeigt, dass Lohnkoordination institutionell höchst voraussetzungsvoll ist und dass die Versuche südeuropäischer Länder und Irlands, mittels „Sozialer Pakte“ auf einen höheren Koordinationsgrad der Arbeitsbeziehungen hinzuwirken, keinen durchschlagenden Erfolg hatten. Unterdurchschnittlich waren die nominalen Lohnauftriebe in den ersten zehn Euro-Jahren nur in den Ländern, in denen sozialpartnerschaftliche Arrangements auf eine lange Tradition zurückblicken konnten. Selbst in einem Land wie Deutschland sind die Reste gewerkschaftlicher Massenorganisationen erfreuliche historische Überbleibsel, die heute – angesichts von sozialem Wandel, Tertiarisierung, Individualisierung und einer allgemeinen Abkehr von Großorganisationen – nicht aufs Neue entstehen würden. Auf kurze bis mittlere Sicht

13 Es sei daran erinnert, dass die IG Metall – anders als die stärker binnenorientierte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di – ohne Lohnforderung in die Tarifrunde des Krisenjahres 2010 ging. Zur Bewertung der Erfolgsaussichten von Appellen zur offensiveren Lohnpolitik als Beitrag zur Bewältigung der Eurokrise ist auch zu bedenken, dass die hierdurch bewirkte verschlechterte Wettbewerbsposition nicht nur auf den Handel mit Euro-Ländern, sondern potenziell auf den weltweiten Export durchschlagen würde. Zudem muss vermutet werden, dass eine solche (unwahrscheinlich erscheinende) Strategiewahl in großen Unternehmen durch dezentrale Beschäftigungspakte konterkariert würde. Grundlegend zu betrieblichen Bündnissen in Großunternehmen: Rehder (2003).

jedenfalls muss ausgeschlossen werden, dass der Euroraum durch den Export deutscher Institutionen zu einem funktionsfähigen Währungsraum werden könnte.

Aber ohnehin spräche jede Spekulation über eine bevorstehende Ausbreitung koordinierter Lohnregime über den Euroraum den Realitäten Hohn, gehen die Eingriffe der Troika in die Lohnfindung der Krisenländer sowie vorseilende Reformen in Ländern wie Italien und Spanien doch in die entgegengesetzte Richtung. Sie zielen zum einen auf die Verstärkung von Lohnkonkurrenz am unteren Ende des Arbeitsmarkts und damit auf Maßnahmen, die wahrscheinlich bereits im Fall der deutschen Hartzreformen erheblich zur Lohndämpfung beigetragen hatten (vgl. oben). Zum anderen greifen die Reformen aber auch direkt in die Modi der Lohnfindung ein, indem sie die Reichweite von Tarifverträgen beschränken, die Unternehmensebene gegenüber den sektoralen und nationalen Verhandlungsebenen stärken und die gewerkschaftliche Interessenvertretung auf allen Verhandlungsebenen schwächen (Busch et al. 2012; Clauwaert/Schömann 2012; Rödl 2012).¹⁴ Von der Brutalität und fragwürdigen Legitimität dieser Eingriffe einmal abgesehen¹⁵ stellt sich hier die Frage nach deren mittel- bis langfristigen Wirkungen. Vor dem Hintergrund von Deflationskrise, Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und forcierter Lohnkonkurrenz mögen sie zunächst lohdämpfende Wirkungen entfalten. Auf mittlere bis längere Sicht aber sind sie gewiss nicht geeignet, die unter den Bedingungen des Euros eigentlich notwendige Einsetzbarkeit der Lohnpolitik für die makroökonomische Steuerung zu erhöhen. Ganz im Gegenteil ist davon auszugehen, dass die forcierte Dezentralisierung des Tarifwesens auf eine rückläufige Kontrollierbarkeit von Lohnauftrieben hinauslaufen wird.¹⁶ Paradoxerweise also dürften die europäischen Eingriffe in die Krisenländer den Euroraum von den Funktionsvoraussetzungen eines optimalen Währungsraums zusätzlich entfernen.¹⁷ Evident sollte sein, dass eine spezifisch *europäische* Lohnkoordination unter diesen Bedingungen nichts zur Problemlösung beitragen kann, kann doch auf europäischer Ebene nur koordiniert werden, was seinerseits – auf Ebene der Teilnehmerländer – koordiniert ist.

Die Betrachtung führt somit zu einem zwingenden Schluss: Die Heterogenität europäischer Lohnregime trägt erheblich dazu dabei, dass der Euro die Teilnehmerländer spaltet, statt sie zusammenzuführen, und die Maßnahmen zu seiner Rettung potenzieren die Probleme, statt sie zu beheben. Nur ein europäisches Währungssystem mit

14 Sehr informativ sind hierzu auch die Beiträge in den Schwerpunktheften 9/2012 und 4/2013 der Zeitschrift „Die Mitbestimmung“. Bemerkenswert ist, dass sich die Eingriffe der Troika im griechischen Fall sogar auf die Modalitäten der Gewerkschaftsfinanzierung erstrecken; ich danke Florian Rödl für diesen Hinweis.

15 Vergleiche zu den Demokratiewirkungen des Euro-Regimes auch Bieling (2012), Höpner/Schäfer (2012), Scharpf (2011, 2012), Streeck (2012) und Urban (2011).

16 Es sei daran erinnert, dass weder der Forschungsstand noch die Ergebnisse der vorliegenden Betrachtung für die Gültigkeit der „U-Kurven-Hypothese“ sprechen, die davon ausgeht, dass unterdurchschnittlicher Lohndruck sowohl aus sehr dezentralisierten als auch aus sehr koordinierten Lohnregimen hervorgeht.

17 Vergleiche hierzu auch die in industriAll (2013) zusammengestellten Ankündigungen der Kommission, auf Dezentralisierungen des Tarifwesens in den Euroländern hinwirken zu wollen.

anpassungsfähigen Wechselkursen wäre in der Lage, der Unterschiedlichkeit nationaler Lohn- und Preisauftriebe Rechnung zu tragen und dauerhaften Spaltungen der Teilnehmerländer entgegenzuwirken.¹⁸ Die Suche nach Problemlösungen sollte sich daher verstärkt auf die Identifikation gangbarer Umbauszenarien konzentrieren.

18 Entsprechende Plädoyers finden sich jüngst beispielsweise bei Flassbeck/Lapavitsas (2013), Hankel (2013), Nölke (2012), Rödl (2012), Scharpf (2012) und Streeck (2013).

Anhang

Definitionen und Quellen der Variablen

Deckungsgrad von Tarifverträgen: Prozentsatz der von Tarifverträgen erfassten abhängig Beschäftigten. Datenquelle: ICTWSS Database Version 3.0 (Visser 2011).

Gewerkschaftliche Organisationsquote: Gewerkschaftliche Nettoorganisationsquote (ohne Rentner), definiert als Prozentsatz der Gewerkschaftsmitglieder an den abhängig Beschäftigten. Fehlende Daten für Luxemburg 2008. Datenquelle: ICTWSS Database Version 3.0 (Visser 2011).

Hall und Gingerichs Index der „koordinierten Ökonomie“: Kombiniertes, nicht zeitvariantes Index der Koordiniertheit des Produktionsregimes, zusammengesetzt aus sechs Teilindizes zur Reichweite von Aktionärsrechten, zum Streubesitz an Großunternehmen, zur Größe der nationalen Aktienmärkte, zum Grad an Lohnkoordination (zwei Teilindizes) und zum Grad an Arbeitsmarktfluktuation. Fehlende Daten für Griechenland und Luxemburg. Bezugszeitraum: Neunzigerjahre. Datenquelle: Hall/Gingerich (2004: 10–17).

Hassels Index der staatlichen Lohnintervention: Von Hassel (2006) konstruierter und von Visser (2011) aktualisierter Index des Grads an staatlicher Intervention in die Lohnfindung. 5 = direkte Eingriffe; 4 = Teilnahme des Staats an tripartistischer Lohnfindung; 3 = indirekte Intervention zum Beispiel durch Lohnindexierung und Mindestlöhne; 2 = unverbindliche Einflussnahme durch Konsultation und Informationsaustausch; 1 = keine staatliche Intervention. Datenquelle: ICTWSS Database Version 3.0 (Visser 2011).

Höpners Index des „organisierten Kapitalismus“: Kombiniertes, nicht zeitvariantes Index des organisierten Kapitalismus, zusammengesetzt aus vier Teilindikatoren zu den Eigentümerstrukturen von Großunternehmen (von öffentlichen Stellen und von anderen Unternehmen gehaltene Anteile), zur Unternehmensmitbestimmung auf Ebene der Leitungsorgane und zur Mitgliedschaft in Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Fehlende Daten für Griechenland und Luxemburg. Bezugszeitraum: Neunzigerjahre. Datenquelle: Höpner (2007: 12–17).

Kenworthy's Index der Lohnkoordination: Von Kenworthy (2001) konstruierter und von Visser (2011) aktualisierter Index des Koordinationsgrads der Arbeitsbeziehungen. 5 = Lohnkoordination auf nationaler Ebene; 4 = Mischtyp zwischen nationaler und sektoraler Ebene; 3 = Lohnkoordination auf sektoraler Ebene; 2 = Mischtyp zwischen sektoraler Ebene und Unternehmensebene; 1 = Unternehmensebene als vorherrschender Ort der Lohnfindung. Datenquelle: ICTWSS Database Version 3.0 (Visser 2011).

Organisationsgrad der Arbeitgeberverbände: Organisationsquote der Arbeitgeberverbände, definiert als Prozentsatz an abhängig Beschäftigten, deren Arbeitgeber Mitglieder eines Arbeitgeberverbands sind. Fehlende Daten für Belgien 1999–2001, Deutschland 1999–2001, Irland 1999, Griechenland 1999–2007, Spanien 1999–2001, Italien 1999, Luxemburg 1999, Niederlande 1999, Portugal 1999–2001. Datenquelle: ICTWSS Database Version 3.0 (Visser 2011).

Reales Wirtschaftswachstum: Inflationsbereinigte Veränderungsrate des nationalen Bruttoinlandsprodukts. Datenquelle: Eurostat.

Schmidts Index des Korporatismus: Von Schmidt (1983) konstruierter, nicht zeitvariantes Index des Korporatismus. 5 = starker Korporatismus; 3 = mittlerer Korporatismus; 1 = schwacher Korporatismus (die Indizes 4 und 2 sind nicht besetzt). Bezugszeitraum: späte Siebzigerjahre. Datenquelle: Siaroff (1999: Tabelle 1, Spalte C2).

Siaroffs Index der „integrierten Ökonomie“: Kombiniertes, nicht zeitvariantes Index der institutionalisierten Sozialpartnerschaft aus acht Einzelindikatoren zum Streikvolumen, zur sozialpartnerschaftlichen Orientierung von Gewerkschaften, zu staatlichen Organisationshilfen für Gewerkschaften, zur Arbeitnehmermitbestimmung, sowie zu Lohnfindung und Korporatismus (drei Teilindikatoren). Fehlende Daten für Griechenland. Bezugszeitraum: Neunzigerjahre. Datenquelle: Siaroff (1999: Tabelle 4d).

Steigerungsraten der nominalen Lohnstückkosten: Jährliche, nicht inflationsbereinigte prozentuale Veränderungen der Lohnstückkosten, definiert als Lohnsumme pro Wertschöpfungseinheit. Fehlende Daten für Griechenland 1999 und 2000. Datenquelle: Eurostat.

Wenn nicht anders vermerkt, liegen die Daten für die zwölf Länder Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien und für alle Jahre von 1999 bis 2008 vor.

Literatur

- Bieling, Hans-Jürgen, 2013: Zum gesellschafts- und integrationspolitischen Charakter des europäischen Krisenkonstitutionalismus. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 26, 51–60.
- Blanchard, Oliver, 2007: *A Macroeconomic Survey of Europe*. Unveröffentlichtes Manuskript. <<http://economics.mit.edu/files/1762>>
- Busch, Klaus/Christoph Hermann/Karl Hinrichs/Thorsten Schulten, 2012: *Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell: Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht*. FES Reihe Internationale Politikanalyse. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Calmfors, Lars/John Driffill, 1988: Bargaining Structure, Corporatism and Macroeconomic Performance. In: *Economic Policy* 3, 13–61.
- Clauwaert, Stefan/Isabelle Schömann, 2012: *Arbeitsrechtsreformen in Krisenzeiten – eine Bestandsaufnahme in Europa*. ETUI Working Paper 2012/4. Brüssel: Europäisches Gewerkschaftsinstitut.
- Collignon, Stefan, 2013: Macroeconomic Imbalances and Competitiveness in the Euro Area. In: *Transfer* 19(1), 63–87.
- Deutsche Bundesbank, 2008: Zehn Jahre Euro – Die deutsche Wirtschaft in der Währungsunion. In: *Monatsberichte der Deutschen Bundesbank*, Dezember 2008, 31–48.
- , 2010: Zur Problematik makroökonomischer Ungleichgewichte im Euroraum. In: *Monatsberichte der Deutschen Bundesbank*, Juli 2010, 17–40.
- Driffill, John, 2005: *The Centralization of Wage Bargaining Revisited: What Have We Learned?* Unveröffentlichtes Manuskript. The European Institute, LSE, November 2005. <www2.lse.ac.uk/europeaninstitute/events/eventsarchive/seminal%20contributions/john%20driffill%20-%20the%20centralization%20of%20wage%20bargaining%20revisited.pdf>
- Du Caju, Philip/Erwan Gautier/Daphne Momferatou/Melanie E. Ward-Warmedinger, 2008: *Institutional Features of Wage Bargaining in 23 European Countries, the US and Japan*. ECB Working Paper Series 974. Frankfurt a.M.: European Central Bank.
- Dullien, Sebastian/Ulrich Fritsche, 2007: Anhaltende Divergenz bei Inflations- und Lohnentwicklung in der Eurozone: Gefahr für die Währungsunion? In: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung* 76(4), 56–76.
- Enderlein, Henrik, 2006: Adjusting to EMU: The Impact of Supranational Monetary Policy on Domestic Fiscal and Wage-Setting Institutions. In: *European Union Politics* 7, 113–140.
- Flassbeck, Heiner/Costas Lapavistas, 2013: *The Systemic Crisis of the Euro: True Causes and Effective Therapies*. Studien der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin. Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Fritsche, Ulrich, 2009: Divergierende Lohn- und Inflationsentwicklungen im Euroraum: Ursachen und Folgen. In: *WSI-Mitteilungen* 62(9), 474–480.
- Hall, Peter A./Daniel W. Gingerich, 2004: *Varieties of Capitalism and Institutional Complementarities in the Political Economy: An Empirical Analysis*. MPIfG Discussion Paper 04/5. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Hall, Peter A./David Soskice, 2001: An Introduction to Varieties of Capitalism. In: Peter A. Hall/David Soskice (Hg.), *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press, 1–68.
- Hall, Peter A./Robert J. Franzese, 1998: Mixed Signals: Central Bank Independence Coordinated Wage Bargaining, and European Monetary Union. In: *International Organization* 52, 505–535.
- Hankel, Wilhelm, 2013: *Die Euro-Bombe wird entschärft*. Tübingen: Universitas.
- Hassel, Anke, 2000: Bündnisse für Arbeit: Nationale Handlungsfähigkeit im europäischen Regime-wettbewerb. In: *Politische Vierteljahresschrift* 41(3), 498–524.
- , 2006: *Wage Setting, Social Pacts and the Euro: A New Role for the State*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Höpner, Martin, 2007: *Coordination and Organization: The Two Dimensions of Nonliberal Capitalism*. MPIfG Discussion Paper 07/12. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Höpner, Martin/Armin Schäfer, 2012: *Integration among Unequals: How the Heterogeneity of European Varieties of Capitalism Shapes the Social and Democratic Potential of the EU*. MPIfG Discussion Paper 12/5. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

- industriAll, 2013: *Position von industriAll European Trade Union zum Diskussionspapier der EU-Kommission: Dreigliedriger Meinungs austausch zur Lohnentwicklung*. Pressemitteilung vom 31.1.2013. Brüssel: International Trade Union House (ITUH).
<www.industriall-europe.eu/database/upload/pdf/iA%20press%202%202013%20Position-CommissionDiscussionNoteWageDevelopments-de.pdf>
- Kenworthy, Lane, 2001: Wage-Setting Institutions: A Survey and Assessment. In: *World Politics* 54, 57–98.
- , 2002: Corporatism and Unemployment in the 1980s and 1990s. In: *American Sociological Review* 67(3), 367–388.
- Landmann, Oliver, 2012: Die Krise der Europäischen Währungsunion. In: Martin Held/Gisela Kubon-Gilke/Richard Sturn (Hg.), *Lehren aus der Krise für die Makroökonomik*. Jahrbuch Normative und Institutionelle Grundfragen der Ökonomik, Band 11. Marburg: Metropolis, 237–281.
- Nölke, Andreas, 2012: Rettet Europa! Ohne den Euro? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 57(3), 55–64.
- Pérez, Sofia A., 2002: Monetary Union and Wage Bargaining Institutions in the EU: Extrapolating from some Member State Experiences. In: *Comparative Political Studies* 35, 1198–1227.
- Rehder, Britta, 2003: *Betriebliche Bündnisse für Arbeit in Deutschland: Mitbestimmung und Flächentarif im Wandel*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Rödl, Florian, 2012: Autoritär und unsozial. In: *Die Mitbestimmung* 58, 9, 49–51.
- Schäfer, Wolf, 2012: Die Eurozone leidet unter intern verzerrten Wechselkursen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27.8.2012, 13.
- Scharpf, Fritz W., 1987: *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa*. Frankfurt a.M.: Campus.
- , 2011: Monetary Union, Fiscal Crisis and the Preemption of Democracy. In: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 9(2), 163–198.
- , 2012: *Legitimacy Intermediation in the Multilevel European Polity and Its Collapse in the Euro Crisis*. MPIfG Discussion Paper 12/6. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Schmidt, Manfred G., 1983: The Welfare State and the Economy in Periods of Economic Crisis: A Comparative Study of Twenty-three OECD Nations. In: *European Journal of Political Research* 11, 1–26.
- Siaroff, Alan, 1999: Corporatism in 24 Industrial Democracies: Meaning and Measurement. In: *European Journal of Political Research* 36, 175–205.
- Soskice, David, 1990: Wage Determination: The Changing Role of Institutions in Advanced Industrialized Countries. In: *Oxford Review of Economic Policy* 6, 36–61.
- Soskice, David/Torben Iversen, 1998: Multiple Wage-bargaining Systems in the Single European Currency Area. In: *Oxford Review of Economic Policy* 14, 110–124.
- Stein, Ulrike/Sabine Stephan/Rudolf Zwiener, 2012: *Zu schwache deutsche Arbeitskostenentwicklung belastet Europäische Währungsunion und soziale Sicherung*. IMK Report 77. Düsseldorf: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans Böckler Stiftung.
- Streeck, Wolfgang, 1991: On the Institutional Conditions of Diversified Quality Production. In: Egon Matzner/Wolfgang Streeck (Hg.), *Beyond Keynesianism: The Socio-Economics of Production and Employment*. London: Edward Elgar, 21–61.
- , 2013: *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Streeck, Wolfgang/Lane Kenworthy, 2005: Theories and Practices of Neocorporatism. In: Robert R. Alford/Alexander M. Hicks/Mildred A. Schwartz (Hg.), *The Handbook of Political Sociology: States, Civil Societies, and Globalization*. Cambridge: Cambridge University Press, 441–460.
- ten Brink, Tobias, 2013: *Chinas Kapitalismus: Entstehung, Verlauf, Paradoxien*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Urban, Hans-Jürgen, 2011: Stabilitätsgewinn durch Demokratieverzicht? Europas Weg in den Autoritarismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 56(7), 77–88.
- Visser, Jelle, 2011: *Database on Institutional Characteristics of Trade Unions, Wage Setting, State Intervention and Social Pacts (ICTWSS) in 34 Countries between 1960 and 2007*. Version 3.0. Amsterdam: University of Amsterdam, Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies (AIAS).
- Wirtschaftsrat Deutschland, 2011: *Rote Karte für Schuldensünder*. Erklärung von Kurt J. Lauk, Präsident des Wirtschaftsrates der CDU e.V., und Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates.
<[www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/2991391708C4A080C125790D00518EDE/\\$file/201109_appell%20rote%20karte.pdf](http://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/2991391708C4A080C125790D00518EDE/$file/201109_appell%20rote%20karte.pdf)>

Recent Titles in the Publication Series of the MPIfG

MPIfG Discussion Papers

DP 13/4
H. Callaghan
Who Cares about Financialization? Explaining the Decline in Political Salience of Active Markets for Corporate Control

DP 13/3
M. Markantonatou
Diagnosis, Treatment, and Effects of the Crisis in Greece: A "Special Case" or a "Test Case"?

DP 13/2
R. Mayntz
Erkennen, was die Welt zusammenhält: Die Finanzmarktkrise als Herausforderung für die soziologische Systemtheorie

DP 13/1
P. Degens
Alternative Geldkonzepte – ein Literaturbericht

DP 12/11
J. Kim
How Politics Shaped Modern Banking in Early Modern England: Rethinking the Nature of Representative Democracy, Public Debt, and Modern Banking

DP 12/10
H. Callaghan
Economic Nationalism, Network-based Coordination, and the Market for Corporate Control: Motives for Political Resistance to Foreign Takeovers

DP 12/9
P. Balsiger
Competing Tactics: How the Interplay of Tactical Approaches Shapes Movement Outcomes on the Market for Ethical Fashion

DP 12/8
M. Lutter
Wem wird gegeben? Matthäus-Effekte und geschlechtsspezifische Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt für Filmschauspieler

DP 12/7
M. Lutter
Soziale Strukturen des Erfolgs: *Winner-take-all*-Prozesse in der Kreativwirtschaft

DP 12/6
F. W. Scharpf
Legitimacy Intermediation in the Multilevel European Polity and Its Collapse in the Euro Crisis

DP 12/5
M. Höpner, A. Schäfer
Integration among Unequals: How the Heterogeneity of European Varieties of Capitalism Shapes the Social and Democratic Potential of the EU

DP 12/4
J. Beckert
Capitalism as a System of Contingent Expectations: Toward a Sociological Microfoundation of Political Economy

MPIfG Books

D. Akyel
Die Ökonomisierung der Pietät: Der Wandel des Bestattungsmarkts in Deutschland
Campus, 2013

J. Beckert
Erben in der Leistungsgesellschaft
Campus, 2013

Dobusch, L., P. Mader, S. Quack (eds.)
Governance across Borders: Transnational Fields and Transversal Themes
epubli GmbH, 2013

U. Dolata
The Transformative Capacity of New Technologies: A Theory of Sociotechnical Change
Routledge, 2013

A. Schäfer, W. Streeck (eds.)
Politics in the Age of Austerity
Polity Press, 2013

D. Seikel
Der Kampf um öffentlich-rechtliche Banken: Wie die Europäische Kommission Liberalisierung durchsetzt
Campus, 2013

W. Streeck
Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus
Suhrkamp, 2013

T. ten Brink
Chinas Kapitalismus: Entstehung, Verlauf, Paradoxien
Campus, 2013

Ordering Information

MPIfG Discussion Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF files from the MPIfG website (free).

MPIfG Books

At bookstores; abstracts on the MPIfG website.

www.mpifg.de
Go to *Publications*.

New Titles

Consult our website for the most complete and up-to-date information about MPIfG publications and publications by MPIfG researchers. To sign up for newsletters and mailings, please go to *Service* on the MPIfG website. Upon request to info@mpifg.de, we will be happy to send you our Recent Publications brochure.

ERPA

MPIfG Discussion Papers in the field of European integration research are included in the *European Research Papers Archive (ERPA)*, which offers full-text search options: <http://eiop.or.at/erpa>.